

## Fängt beim Geld die Freundschaft an?

Verlust oder Chance oder beides? Wirtschaftlich gesehen hätte ein Abzug der US-Truppen aus Bamberg viele Aspekte – hier einige Fakten

Die Gerüchteküche brodelte schon seit längerem – offen diskutiert wurde aber nie darüber. Nach neuesten Tendenzen in der Bush-Regierung könnten die USA ihr in Bamberg stationiertes „279<sup>th</sup> Base Support Battalion“ abziehen und den Standort auflösen. Ein Leserbrief von GAL-Stadtrat Wolfgang Grader, in dem er diese Möglichkeit ansprach und die Stadt aufforderte, für den Fall der Fälle Vorsorgemaßnahmen zu erarbeiten, schlug dann plötzlich hohe Wellen. Der GAL wurde vorgeworfen, den Abzug herbeizureden, und ein Wust an Behauptungen und unbelegten Zahlen sollte die Bedeutung der US-Garnison für Bamberg demonstrieren.

Die ganz hat nun versucht, über die Folgen einer Standortauflösung objektiv zu recherchieren und herauszufinden, welche wirtschaftliche Bedeutung die derzeit rund 8000 bis 8500 US-BürgerInnen (davon 3200 SoldatInnen) für Bamberg wirklich haben. Ein Debattebeitrag ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

**Wie schaut's eigentlich aus ...**

**... mit Bauaufträgen für Bamberger Firmen?**

Um darauf zu antworten, muss das Verfahren erklärt werden. Die in den Warner Barracks auszuführenden Bauarbeiten werden zu 90% über das Staatliche Hochbauamt Bamberg nach deutschem Vergaberecht vergeben. Derzeit aktuelle Projekte umfassen eine Planungssumme von 160 Mio Euro, was sich allerdings über mehrere Jahre hinzieht. Im Jahr 2003 hat das Hochbauamt bisher im Umfang von 15 Mio Euro Auftragsvergaben erteilt.

Wie der FT Mitte Juli meldete, wurde jedoch aufgrund der aktuellen Standortreform-Diskussion in der US-Regierung ein Teil der Baupläne auf Eis gelegt, darunter z.B. ein ebenerdig geplantes Einkaufszentrum mit fast 600 Parkplätzen. Für dieses überdimensionierte Vorhaben, das eine Flächenversiegelung in der Größenordnung des Bamberger Forums an der Forchheimer Straße in Kauf nimmt, wurden allerdings bereits jetzt mehrere Hektar im Naturschutzgebiet Hauptsmoorwald gerodet.

Die Aufträge aus dem US-Gelände werden öffentlich ausgeschrieben, d.h. im Bayerischen Staatsanzeiger und mit Hinweis in der regionalen Presse veröffentlicht. Den Zuschlag bekommt, wie auch bei Ausschreibungen deutscher Behörden, das wirtschaftlichste

Angebot. Da bei fast allen Bauvorhaben der US-Standort eine Paketlösung gewünscht, d.h. alle Gewerke (vom Aushub bis zur Schlüsselübergabe) in einer Hand liegen sollen, kommen in der Regel nur so genannte Generalunternehmen (GUs) zum Zuge. Ein solches Generalunternehmen ist in Bamberg nicht ansässig.

Das Staatliche Hochbauamt nennt acht Firmen, die bisher mit nennenswertem Erfolg US-Aufträge an Land ziehen konnten. Darunter sind am nächstgelegenen zwei Bauunternehmen in Weismain (Dechant) und in Ebensfeld (Raab). Die übrigen kommen aus Nürnberg, Bayreuth, Vilseck und Mannheim. Die GUs haben mindestens 30% der Leistung im eigenen Betrieb zu erbringen, darüber hinaus beschäftigen sie so genannte Subunternehmen – und hier kommen dann doch wieder Firmen aus dem Raum Bamberg ins Spiel.

Nach Auskunft des derzeit wohl am umfangreichsten beteiligten Unternehmens in Mannheim lässt man bei einem aktuellen Auftragsvolumen von 7 Mio Euro rund 5,5 Mio Euro über Subunternehmen erledigen – diese kommen zwar nicht aus der Stadt Bamberg, aber zu 90% aus der Region (wobei der Mannheimer einen Umkreis von bis zu 100 km zur Region rechnet). Eine Nürnberger Firma mit aktuell 4,2 Mio Euro Auftragssumme beschäftigt zu 19% Unternehmen aus Bamberg und dem Landkreis, weitere 11% werden nach Zeil und Coburg vergeben. Einen 5-Mio-Auftrag hat eine weiteres Unternehmen aus Nürnberg vor kurzem abgeschlossen: die Bamberg-Quote lag zwischen 5 und 8%.

Arbeiten für 1 Mio Euro werden im Moment von Dechant (Weismain)

ausgeführt, bei ca. 50%iger Beteiligung von Bamberger und Umlandfirmen. Raab (Ebensfeld) kommt auf eine Summe von 400.000 Euro, erledigt zu 80% die Arbeiten selbst und vergibt den Rest fast vollständig in den Landkreis Bamberg. Das GU aus Vilseck vergab bei einer soeben abgeschlossenen Baumaßnahme für 1 Mio Euro deutlich mehr als 50% an hiesige Firmen.

Insgesamt zeigt sich schätzungsweise folgendes Bild: Die im US-Standort durchgeführten Arbeiten dürften deutlich unter 50% an die Region vergeben werden. Unternehmen direkt aus Bamberg machen einen nur geringen Anteil aus.

**... mit den deutschen Zivilangestellten?**

Mehrere Hundert arbeiten in den US-Kasernen, aber wie viel genau, war merkwürdigerweise nicht zu ermitteln. Vor ein paar Monaten gab der deutsche Betriebsvertreter im US-Standort ihre ungefähre Zahl mit 400 an, was von der GAL auch so weiterverwendet wurde. (Seither geistert diese Zahl übrigens durch alle Leserbriefe und Medien.) Bei nochmaliger Nachfrage in der Bamberger US-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit schätzte man die Zahl auf um die 300 ein. Weitere Informationen waren leider nicht mehr zu bekommen.

In jedem Fall gab es schon mal mehr deutsche Beschäftigte. Als bereits Anfang der 90er Jahre ein Teil der US-Armeeangehörigen abgezogen wurde, setzte sich die Gewerkschaft, damals noch ÖTV, vehement für die Beschäftigten ein. Nach ihren damaligen Anga-

ben waren 630 Arbeitsstellen mit Deutschen besetzt, davon sollten durch die Standortreduzierung 239 gestrichen werden. Ein späterer Bericht der ÖTV von 1997 spricht von 350 Mitarbeitern. Schätzungsweise dürften es seither zumindest nicht mehr geworden sein.

**... mit Schlüsselzuweisungen?**

Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesländer, einen so genannten kommunalen Finanzausgleich zu machen. Einen Teil seiner Steuereinnahmen muss also jedes Bundesland auf die Gemeinden verteilen. Dabei bekommen je nach Wirtschafts- und Finanzkraft, Größe und Einwohnerzahl die Kommunen unterschiedlich hohe Beträge. Berechnet wird das nach einem komplizierten Schlüssel, deshalb auch der Begriff Schlüsselzuweisungen.

Für die Stadt Bamberg spielen hier die US-BürgerInnen eine nicht unerhebliche Rolle. Die derzeit 2200 in Bamberg „nicht-kaserniert“ wohnenden AmerikanerInnen werden zu ca. 75% pro Kopf mitgezählt. Grob gerechnet, so die Auskunft aus der städtischen Kämmererei, erhält die Stadt pro AmerikanerIn ein „Kopfgeld“ von 500 Euro, im Jahr also 1,1 Mio Euro – die dem Stadtsäckel fehlen würden, wenn diese Einwohner die Stadt verlassen. Insgesamt betragen die Schlüsselzuweisungen für die Stadt Bamberg derzeit jährlich ca. 12 Mio Euro. Zum Vergleich: Die Einnahmen der Stadt aus Grundsteuer A und B lagen 2002



An der Ecke Berliner Ring – Zollnerstraße. Bautätigkeiten für ein neues Sportgelände Foto: Erich Weiß

### I N H A L T

#### Lieber grün wählen als schwarz ärgern

Die ganz stellt die grünen KandidatInnen aus Bamberg vor, zieht eine Bilanz der letzten fünf Jahre grüner Landespolitik und erklärt Wahlsystem in Bayern.

Seite 3

#### Ein Schritt in die falsche Richtung?

Die Agenda 2010 könnte eine echte Strukturreform werden. Dazu fehlt aber bisher noch eine ökologische Ausrichtung und mehr soziale Ausgewogenheit. Die Position der GAL Bamberg auf

Seite 4

#### Hü oder Hott?

Beim Thema Schulen sitzt die bayerische Landesregierung in der Klemme zwischen alten Aversionen und guten Argumenten.

Seite 5

#### Bio bringt Bares

Die von Renate Künast eingeleitete Agrarwende bietet gute Chancen für bayerische und fränkische Bauern.

Seite 6

#### Wegweiser durch Zahlenkolonnen

Damit die BürgerInnen auch nachvollziehen können, was mit ihrem Geld passiert, gibt es in vielen Städten bereits so genannte Bürgerhaushalte.

Seite 7

#### Lichtblicke

Ein Agenda-Projekt gibt es jetzt zu kaufen: Der TransFair-Bamberg-Kaffee

Seite 7

#### e-on heizt das Klima an

Wie der Energiekonzern mit „Öko“ wirbt, und gleichzeitig umweltfreundliche Stromerzeuger knebelt.

Seite 7

Fortsetzung von Seite 1

bei rund 8,7 Mio Euro, aus den bei der Stadt verbleibenden Gewerbesteuern bei rund 17 Mio Euro.

### ... mit den „Besatzungskosten“?

Die heißen heute nicht mehr so. Seit die Bundesrepublik Deutschland 1955 ihre Souveränität erlangte, befinden sich ausländische Truppen nicht mehr als Besatzer, sondern im Rahmen von NATO-Vereinbarungen in Deutschland. Die finanziellen Beiträge, die die Bundesrepublik dazu leistet, nennt man heute Sanierungskosten oder Devisenausgleich, und sie erfolgen im Rahmen eines so genannten „bilateral cost sharing“, also aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen über Kostenteilung.

Aus einem Bericht des „Secretary of Defense“ (eine Behörde der US-Administration) an den Kongress der Vereinigten Staaten im Juni 2002 geht Folgendes hervor: Im Jahr 2000 waren in den US-Militärstützpunkten in Deutschland 70.126 SoldatInnen stationiert. Sie wurden von der Bundesrepublik mit insgesamt 1,211 Milliarden Dollar (= 1211 Millionen) unterstützt, das sind nach dem damals aktuellen Wechselkurs ziemlich genau 2,4 Milliarden DM gewesen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus direkten Geldzahlungen in Höhe von fast 89 Mio Dollar und indirekter Unterstützung in Höhe von 1,12 Milliarden Dollar (für kostenfreie Nutzung von Flächen und Einrichtungen, für Steuerbefreiungen und für kostenreduzierte staatliche Dienstleistungen). Damit finanziert Deutschland 21% der anfallenden Stationierungskosten und leistet den betragsmäßig bei weitem höchsten Beitrag aller NATO-Partner der USA – an zweiter Stelle steht Italien mit 364 Mio Dollar.

Mit einer (allerdings vereinfachten) Rechnung kann man den deutschlandweiten „cost sharing“-Beitrag auf den Bamberger Stützpunkt herunterrechnen. Bei 3200 von insgesamt 70.000 stationierten SoldatInnen kommt man damit auf einen Betrag von über 55 Mio Dollar.

### ... mit der Konsumbilanz der US-BürgerInnen?

Hier gibt es leider überhaupt keine verlässlichen Daten, weil nirgends die Quote der Garnisons-Angehörigen unter der Kundschaft erhoben wird. Der Vorsitzende des Einzelhandelsverbands Bamberg schätzt die Geschäfte des klassischen Einzelhandels mit US-KundInnen nicht sonderlich hoch ein, weil es in der Area eigentlich alles zu kaufen gibt und die KonsumentInnen an ihren aus den USA gewohnten Produkten hängen.

Auch der Hotel- und Gaststättenverband hält den durch-

schnittlichen Anteil der AmerikanerInnen an den Gastronomie-Gästen für ziemlich gering. Es gebe allerdings einzelne Lokale, v.a. Diskotheken, die fast ausschließlich von ihnen frequentiert würden und bei einem Abzug massive Einbrüche zu erleiden hätten. Allerdings versuchten einige Gastwirte ohnehin, dies zu ändern und eine neue Stammkundschaft aufzubauen, weil das gehäufte Auftreten junger männlicher Soldaten unweigerlich immer wieder mit Prügeleien, Polizeieinsätzen und anderem Ärger verbunden sei.

„Gravierend“ nennt man bei der Taxigenossenschaft die Bedeutung der US-BürgerInnen für das Fahrtgeschäft. Genaue Zahlen konnte man auch hier nicht nennen, weil gerade bei diesem Kundenkreis die Zahl der „Einsteiger“ sehr hoch ist, d.h. sie bestellen ein Taxi nicht über die Zentrale, sondern steigen direkt am Taxistand oder auf der Straße zu. Grob schätzt man den Anteil der Fahrten für US-BürgerInnen auf 10%, wenn auch eher rückläufig wegen des ungünstigen Dollarkurses.

### ... mit dem Wohnungs- und Immobilienmarkt?

Darüber hat die Lokalredaktion des FT bereits ausführlich berichtet. Die US-SoldatInnen und ihre Familien bewohnen insgesamt 2350 Soldatenunterkünfte und Wohnungen in der US-Area, zudem noch 1250 Wohnungen im Bamberger Stadtgebiet und Umland. Würden diese frei, käme es zuallererst zu einem Überangebot an Wohnungen, von dem nach Einschätzung der vom FT befragten Wohnungsmakler vor allem junge Familien profitieren. Die Vermieter müssten hingegen unter Umständen einen Preisverfall hinnehmen, je nach Lage: Im Stadtgebiet würden die Verluste eher schwach ausfallen, dafür stärker im Landkreis Bamberg.

Die Mieten in der Stadt Bamberg liegen bayernweit im Durchschnitt, so die Statistik des Rings Deutscher Makler von 2001. Hier kann man billiger mieten als in vergleichbaren Städten in Südbayern wie Kempten oder Rosenheim, muss aber mehr zahlen als beispielsweise in Schweinfurt oder Hof. Anders sieht es bei Eigentumswohnungen aus. Bei einem Vergleich der 100 größten deutschen Städte landete Bamberg im Jahr 2000 auf dem stattlichen Platz 34, was die Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen anging.

Aus einem Sitzungsbericht des Bamberger Stadtrats vom 28.3.1990, verfasst vom legendären Referent Gegenfurtner:

„Abschließend darf noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit einem Abzug aller US-Soldaten aus Bamberg auch der Bamberger Heiratsmarkt starke Einbußen erfahren würde. Haben doch allein in den letzten 5 Jahren 569 Bamberger Frauen US-Soldaten geheiratet. Daß diese nicht die schlechtesten Ehemänner werden, liegt auf der Hand, denn wer gibt schon (...) seine Heimat (...) auf, um mit dem Ehemann in des Wortes wahrster Bedeutung durch dick und dünn, nämlich in eine andere, fremde Welt zu gehen.“

### ... mit der Planungshoheit der Stadt?

In einem Leserbrief führte CSU-Stadtrat Dr. Lange aus, dass bei einer Freigabe der US-Liegenschaften „Investoren von auswärts das Gelände aufkaufen und (darüber) bestimmen könnten“, und dass die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt „sehr eingeschränkt“ seien. Das ist eine Fehlinformation. Tatsächlich würden die Flächen zunächst an die jeweiligen Eigentümer fallen, teilweise der Freistaat Bayern, teilweise die Bundesrepublik Deutschland. Diese könnten sie auch prinzipiell an jeden x-beliebigen Investor verkaufen. Wie dieser aber die Fläche nutzen bzw. was er darauf bauen dürfte, läge selbstverständlich in der Planungshoheit der Stadt.

Darüberhinaus hat die Stadt sogar noch ein weiter gehendes Steuerungsinstrument an der Hand: die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Das berichtet übrigens auch eine Sitzungsvorlage für den Stadtrat von 1990, als man sich schon einmal über eine Standortreduzierung Gedanken machen musste: „Die Stadt als örtlicher Planungsträger kann daher für ein solches Gebiet eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme per Satzung beschließen mit der Folge, daß sie dieses Gebiet sodann (...) erwerben, aufplanen und an entsprechende neue Nutzer weiter veräußern kann. Bei Weigerung der bisherigen Eigentümer, zu verkaufen, steht dem Planungsträger (...) das Recht zur Enteignung zu (...)“.

Kurz: Die Stadt hätte die Möglichkeit, einen „besonders unliebsamen“ Investor zum Verkauf zu zwingen. Sie müsste, grob umrissen, dafür den üblichen Verkehrswert für diese Fläche bezahlen (Militärnutzung), und könnte dann das Areal in Gewerbegebiet oder Wohngebiet umwidmen und weiterverkaufen. Es wäre damit also auch nur ein vorübergehendes finanzielles Engagement der Stadt verbunden.

### ... mit früheren Standortreduzierungen?

Die US-Garnison in Bamberg war schon mal deutlich größer: Im Jahr 1990 lebten ca. 12.000 US-BürgerInnen in Bamberg, davon waren 7600 SoldatInnen. Anfang der 90er Jahre sollten die hier stationierten US-Truppen reduziert werden, um 1250 SoldatInnen, wie man von Seiten der USA dem Bam-

berger Stadtrat mitteilte. Damals übrigens gar nicht zur Unfreude der Stadt. In einer Ratsitzungsvorlage von 1990 heißt es: „Selbstverständlich hat der Oberbürgermeister die Wünsche des Stadtrates (Beschluss vom 26.09.1990), Verhandlungen mit allen zuständigen Stellen aufzunehmen mit dem Ziel einer weiteren und viel deutlicheren Reduzierung der US-Garnison in Bamberg, vollzogen und Verhandlungen mit der dafür zuständigen Bayerischen Staatskanzlei und den US-Streitkräften aufgenommen.“

Vor dreizehn Jahren stellte sich der Stadtrat der Realität: Man wollte eine „allmähliche“ Standortreduzierung erreichen, bemühte sich um einen Sozialplan für entlassene deutsche Zivilangestellte, forderte eine baldige Freigabe von Liegenschaften und sprach beim Freistaat Bayern vor, um ersatzweise staatliche Behörden nach Bamberg zu holen. Die Anwesenheit der US-Truppen wurde zu dieser Zeit allerdings auch noch anders wahrgenommen als heute: Die AnwohnerInnen im Ostendklagen über Lärm von Schießübungen und Panzern, junge männliche Soldaten waren eine zuverlässige Quelle für allerhand Drogen und machten immer wieder die Straßen unsicher, und der Verlust von immer mehr Flächen im Hauptmoorwald wurde (damals noch) von der Stadt sehr kritisch gesehen.

### ... mit Standortauflösungen allgemein?

Einen Überblick über die vielfältigen Projekte und Möglichkeiten an dieser Stelle zu geben, ist nicht möglich. Aber Bamberg steht mit dem Problem Truppenabzug naturgemäß nicht allein da. Ein erfolgreiches Beispiel für Konversion (d.h. Umnutzung von Militärstandorten) ist z.B. das „Französische Viertel“ in Tübingen, wo seit dem Abzug der französischen Truppen 1991/92 ein 60 Hektar großes Stadtquartier neu entwickelt wird: Wohnungen für 6000 Menschen, Arbeitsplätze für 2000 Menschen sind hier langfristig am Entstehen. In Münster wächst auf 88 Hektar ehemaligem Kasernengelände der Gewerbepark Lobbenheide. Der Sportartikelhersteller adidas erweitert seine zu eng gewordenen Firmengebäude in Herzogenaurach derzeit auf nahe gelegenen Ex-Militärareal. In Kaiserslautern verband man die Konversion mit der Landesgartenschau und auch in Magdeburg half eine Bundesgartenschau, Militärbrachen umzunutzen.

Die EU finanziert im Rahmen von „Konver II“ Konversionsprojekte und legte dabei z.B. für besonders betroffene Regionen in Schleswig-Holstein ein Sonderprogramm auf, das 30% aller Kosten übernimmt, insgesamt waren das fast 9 Milliarden Euro EU-Mittel. Auch der Bund hilft Gemeinden mit so genannten Konversionsmitteln: Bayern erhielt beispielsweise

neigegezd

## Visionslose Stahlhelme

Öha: Da hat offensichtlich jemand an einem Tabu gekratzt. Gemessen an den Aufregtheiten in den Leserbriefspalten des FT darf man in Bamberg eines ganz gewiss nicht: über die Zukunft der US-Garnison reden, geschweige denn über die Perspektiven ohne Garnison auch nur nachdenken.

Um zwei Vorwürfe an die GAL geht es vor allem:

### 1. DER ABZUG DER AMIS WERDE BAMBERG WIRTSCHAFTLICH SCHADEN.

Selbst wenn dies so wäre: Ist es ein Grund, nicht darüber nachzudenken? Eher ist es umgekehrt: Wer sich weigert, diese Möglichkeit überhaupt in Erwägung zu ziehen, wird hilf- und konzeptlos dastehen, wenn es denn wirklich so weit ist. Vor 13 Jahren war man da schon mal weiter...

### 2. DAS NACHDENKEN ÜBER EINEN US-ABZUG GEFÄHRDE DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT.

Ein peinliches Argument und mit liebedienerischem Kotau vorgetragen. Dabei macht sich keiner die Mühe zu fragen, wer denn eigentlich in letzter Zeit diese Freundschaft gefährdet hat: War es ein GAL-Stadtrat, der sich erdreistet, über die Zukunft Bambergs nachzudenken? Oder war es eine US-amerikanische Regierung, die die Weltöffentlichkeit und ihre „Freunde“ in atemberaubend schamloser Weise über die vorgeblichen Gründe eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs getäuscht hat?

Verloren zu gehen droht bei dieser Auseinandersetzung ein ganz anderer Aspekt: Könnte ein Bamberg ohne Militär nicht sogar an Lebensqualität gewinnen? Für die städtische Pressestelle eine abwegige Frage: Sie jubelt die Militär-Garnison gar zu einem „Teil der Bamberger Stadtidentität“ hoch. Die – wie ich meine: meisten – Bamberger erleben sie jedoch als einen Fremdkörper, als einen „Stachel im Fleisch“ Bambergs.

Im Gegensatz zu den Stahlhelmen im Rathaus können wir uns deshalb ein Bamberg ohne Garnison, ohne Panzer im Hauptmoorwald, ohne Schießlärm in Bamberg-Ost, ohne einen mit Mauern und Stacheldraht bewehrten „Staat in der Stadt“ sehr wohl vorstellen.

G.R.

im Jahr 2001 700 Mio DM für leistungsaufträge, Währungsumtausch, Ausgaben für Benzin und sogar Krankenhauskosten genannt werden. Allerdings sind diese Zahlen wegen veränderter Preise, Ausgabeverhalten und vor allem Garnisonsgröße heute nicht mehr aussagekräftig.

Und eigentlich hat sogar Bamberg selbst einige Erfolge zu bieten: Man denke nur an den Einzug der bayerischen Bereitschaftspolizei in die ehemalige US-Kaserne an der Pödeldorfer Straße oder an das Computer-Service-Zentrum der Telekom und das FT-Verlagshaus mit nagelneuer Druckerei auf dem früheren Army-Gelände an der Gutenbergstraße. Hätte die Stadt mehr solcher Entwicklungsflächen zur Verfügung, bräuchte sie z.B. nicht mehr die schädlichen Planungen für ein Gewerbegebiet nordwestlich der B 26 vorantreiben, die zur Zerstörung von ökologisch wertvollem Main-Überschwemmungsgebiet führen würde.

### ... mit Informationen aus der US-Garnison?

Sehr sehr dürftig. Aus dem Jahr 1990 gibt es eine Sitzungsvorlage für den Stadtrat, in der vom Standortkommandeur Ausgabensummen u.a. für Bau- und Reparaturaufwand von Wohnsiedlungen, Dienst-

leistungsaufträge, Währungsumtausch, Ausgaben für Benzin und sogar Krankenhauskosten genannt werden. Allerdings sind diese Zahlen wegen veränderter Preise, Ausgabeverhalten und vor allem Garnisonsgröße heute nicht mehr aussagekräftig. Und beim besten Willen bieten diese 13 Jahre alten Daten keinerlei Anhaltspunkt für die in einigen Leserbriefen aufgestellten Behauptungen, der deutschen bzw. Bamberger Wirtschaft kämen zwischen 80 und 150 Mio Euro (jährliche) Ausgaben zugute. Für diese Zahlen gaben weder die Leserbriefverfasser Quellen an, noch konnte die 99Z zuverlässige Angaben in dieser Richtung ermitteln. Eine aktualisierte Ausgabenaufstellung wurde der 99Z von der Bamberger US-Stelle für Öffentlichkeitsarbeit zwar in Aussicht gestellt, aber bisher nicht geliefert.

sys

NAH- UND FERN  
**UMZÜGE**  
**PETER SCHIELE**  
Auslandstransporte  
Möbel- und Küchenmontage  
Möbellagerung · Außenaufruf  
96052 Gundelsheimer Str. 100  
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 6 73 40

# Ein starkes Team für Bamberg

„Wir zeigen's der schwarzen Macht“ heißt der Slogan der bayerischen Grünen bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen im September 2003. Zu zeigen hat auch die GAL Bamberg, einer der erfolgreichsten Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern, so einiges. Hier zum Beispiel unsere KandidatInnen:

Als Direktkandidat für den Landtag kandidiert im Stimmkreis Bamberg-Stadt **Wolfgang**

**Grader**. Er wurde in Wien geboren, ist 42 Jahre alt und ledig. Nach seiner Ausbildung zum Diplomtheologen und staatlichen Lehrer arbeitete er zwei Jahre am Afro-Asiatischen Institut in Wien. Seit neun Jahren lebt er in Bamberg und unterrichtet derzeit an einer Hauptschule im Landkreis Kitzingen. Als Bundesvorsitzender der Tibet-Initiative Deutschland e.V. engagiert er sich für das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes. Wolfgang Grader ist Bezirkssprecher von Bündnis 90/Die Grünen in Oberfranken und seit 2002 für die

Grün-Alternative Liste GAL Mitglied des Bamberger Stadtrates. Auf der Oberfrankenliste für die Landtagswahlen wurde er auf Listenplatz 2 gewählt, direkt nach der Spitzenkandidatin MdL Ulrike Gote (Bayreuth) der erstmögliche Platz für einen männlichen Kandidaten.

Mit **Sylvia Schaible** steht eine weitere Bambergerin für den Landtag zur Wahl. Die 34-Jährige ist in Bamberg geboren und aufgewachsen, ist verheiratet und hat einen vierjährigen Sohn. Nach ihrem Studium der Diplom-Germanistik war

sie zunächst in der lokalhistorischen Geschichtsforschung tätig, u.a. als Mitautorin des Buches „Bamberg's Wirtschaft jüdenfrei“, das der Vernichtung des jüdischen Wirtschaftslebens unter Hitler nachging. Seit 1993 ist sie bei den Bamberger Grünen engagiert und arbeitet seit mittlerweile sechs Jahren als Geschäftsführerin der GAL-Stadtratsfraktion. Sylvia Schaible kandidiert auf Platz 11 der grünen Oberfrankenliste.

Um ein Bezirkstagsmandat bewirbt sich als Direktkandidatin **Ulrike Heucken**, auf der Liste auf Platz 7. Geboren 1963 bei und aufgewachsen in Bamberg, lebt sie mit ihren zwei Kindern und ihrer Familie im Sandgebiet, wo sie sich auch als zweite Vorsitzende des Bürgervereins Sand engagiert. Nach Abitur und Studium war sie selbständig, ist gelernte Arzthelferin und arbeitet heute als Geschäftsführerin der Bamberger Sandkerwa Veranstaltungen GmbH. Bei der Kommunalwahl 2002 wurde sie für die GAL Bamberg in den Stadtrat gewählt.

**Charlotte Flügel** kandidiert als Listenkandidatin ebenfalls für den Bezirkstag, und zwar auf Platz 11. 1970 in Münster geboren, ist sie seit ihrem Studienbeginn 1990 Wahlbambergerin. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder (9 und 7 Jahre), das dritte wird ungefähr zum Wahltermin erwartet. Charlotte Flügel arbeitet als Grundschullehrerin im Landkreis Bamberg.

Mehr Informationen:  
[www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de)  
[www.gruene-oberfranken.de](http://www.gruene-oberfranken.de)  
[www.wolfgang-grader.de](http://www.wolfgang-grader.de)



Die KandidatInnen der Bamberger Grünen für Landtag und Bezirkstag, v.l.n.r.: Ulrike Heucken, Sylvia Schaible, Wolfgang Grader, Charlotte Flügel

## Eine Bilanz von MdL Ulrike Gote

### Grüne Inseln im schwarzen Sumpf

**Die Grünen** haben in den letzten fünf Jahren im Landtag viel erreicht: Durch hartnäckige Oppositionsarbeit ist Bayern ökologischer, moderner und weltoffener geworden.

#### ♀ Frauenförderung

Gerade die Grünen fordern und fordern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Wir erreichten, dass eine berufliche Ausbildung auch in Teilzeit möglich ist, damit Elternpflichten nicht das Aus für die Lehrstelle bedeuten.

#### ♀ Flächenversiegelung

Seit langem fordern die Grünen, dem täglichen Flächenfraß (28,6 Hektar pro Tag) in Bayern Einhalt zu gebieten. Ein Antrag zur deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs war erfolgreich: Demnach werden Brachflächen, Baulücken und Nachverdichtung vorrangig vor unbebauten Böden genutzt. Auch die Kommunen sollen Flächen recyceln und interkommunale Gewerbegebiete nutzen.

#### ♀ Hochschulen

Bayern ist in Sachen Frauenförderung an den Unis Schlusslicht. Unsere zahlreichen Initiativen hierzu lehnte die CSU stets ab. In einem „Antragsrecycling“ erklärte sie später kurzerhand die grünen Forderungen zu schwarzen. Über diesen Umweg wurden grüne Forderungen umgesetzt, den Anteil der Professorinnen zu erhöhen, die leistungsbezogene Mittelvergabe als frauenpolitischen Hebel anzusetzen, die Rechte der Frauenbeauftragten auszubauen, mehr Teilzeitmöglichkeiten und mehr Kinderbetreuungsangebote zu schaffen sowie Frauen gezielter in den Naturwissenschaften und der Informationstechnik zu fördern. Ebenso übernommen wurden zahlreiche Initiativen zur Internationalisierung der Hochschulen.

#### ♀ Wahlalter

In Bayern darf man zwar mit 18 wählen, nicht aber selbst gewählt werden. Wir beantragten, das Wahlbarkeitsalter auch in Bayern auf 18 Jahre zu senken

– und fanden dabei die Zustimmung der anderen Fraktionen.

#### ♀ Agrarpolitik

Jahrelang hat die CSU grüne Forderungen zur Agrarwende abgelehnt. Erst mit der ersten BSE-Kuh und mit dem Antibiotika-Skandal in der Schweinemast begann ein zartes Umdenken. Ökologischer Landbau wird nun stärker gefördert, die Verwendung von Antibiotika und das Ausbringen von Klärschlamm sind im Qualitätssiegel-Programm verboten und der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft wird reduziert.

#### ♀ Dosenpfand

Gegen die Blockade der bayerischen Staatsregierung sprach sich der Landtag mit uns für das Dosenpfand aus. Statt die kleinen und mittelständischen Brauereien zu unterstützen und die Umwelt zu schützen, stellte sich Umweltminister Schnapp auf jedoch an die Seite der Großbrauereien und der Verpackungindustrie.

**Stoibers** Bilanz nach 10 Jahren ist dagegen von Schönfärberei geprägt.

#### ♀ Umweltpolitik: Fehlzanzeige!

Umweltschutz darf in Bayern nur stattfinden, solange wirtschaftliche Interessen nicht angetastet werden. Beispielhaft hierfür sind der Einsatz der CSU für die Atomenergie, für den Bau von „Factory Outlet Centern“ auf der grünen Wiese und für den Ausbau der Donau mit Staustufen.

#### ♀ Gesellschaftspolitisch rückwärts gewandt

Immer noch hält die schwarze Politik an einem antiquierten, unsozialen Gesellschaftsbild fest. Die Bildungs- und Sozialpolitik der CSU fördert krasse Gegensätze: zwischen Starken und Schwachen in der Schule, zwischen Arm und Reich, zwischen Nord- und Südbayern. Vergeblich wartet man auf Konsequenzen aus PISA oder aus dem bayerischen Sozialbericht. Den Anforderungen eines weltoffenen Bayern sind die Schwarzen nicht gewachsen: Sie erkennen MigrantIn-

## Beide Stimmen grün

Wie das bayerische Wahlsystem funktioniert und warum die Zweitstimme nicht „grün“ genug ist

Während bekanntlich bei der Bundestagswahl nur die Zweitstimme über die Sitzverteilung im Parlament entscheidet, ist das beim bayerischen Landtag und den Bezirkstagen anders. Für die Ermittlung der Mandate werden hier **ALLE ERST- UND ZWEITSTIMMEN** zusammengezählt. Grün wählen bedeutet also: **MIT BEIDEN STIMMEN GRÜN WÄHLEN!** Sonst wird die Hälfte des Stimmenpotentials an eine andere Partei vergeben und damit eigentlich nur „halb“ grün gewählt.

Wer's genauer wissen will, hier eine Erklärung des bayerischen Wahlsystems:

Die kreisfreie Stadt Bamberg bildet zusammen mit den Gemeinden Bischberg, Gundelsheim, Hallstadt, Oberhaid, Viereth-Trunstadt, Lisberg-Priesendorf und Stegaurach-Walsdorf einen von insgesamt sieben Stimmkreisen in Oberfranken.

In jedem Stimmkreis bewirbt sich ein/e Direktkandidat/in, der/die direkt auf dem Wahlzettel angekreuzt werden kann (die Erststimme). Für den Landtag ist das in Bamberg-Stadt Wolfgang Grader, für den Bezirkstag Ulrike Heucken.

Außerdem hat jedeR WählerIn noch eine Zweitstimme zu vergeben, mit der die Liste einer Partei gewählt wird. Auf dem Wahlzettel kann man aber nicht eine gesamte Liste ankreuzen, sondern man muss stellvertretend irgendeinen einzelnen Namen auf der

Liste auswählen. Aus Bamberg-Stadt steht auf der Liste von B'90/Grüne für den Landtag Sylvia Schaible zur Wahl (Platz 11) und für den Bezirkstag Charlotte Flügel (ebenfalls Platz 11). Wer sein Kreuz bei den beiden macht, wählt damit grün und bringt außerdem diesen beiden Bamberger Kandidatinnen eine Stimme ein, die persönlich gewertet wird und die beiden im Endergebnis auf der Liste nach vorne rücken lässt. (Übrigens: Auf den Listen sind die jeweiligen Direktkandidat/innen des Stimmkreises nicht mehr zu finden, weil sie sich ja schon um die Erststimme bewerben – in allen anderen oberfränkischen Stimmkreisen sind Wolfgang Grader auf Platz 2 und Ulrike Heucken auf Platz 7 wählbar.)

Wichtig: Das Wahlergebnis wird ermittelt, **INDEM ALLE ERST- UND ZWEITSTIMMEN ZUSAMMENGESÄHRT WERDEN**, die eine Partei erhalten hat. Je nachdem, wie viel Prozent der gesamten abgegebenen Stimmen das sind, so viele Prozent der Sitze im Landtag bzw. Bezirkstag erhält diese Partei. Dann wird ausgezählt, wie viele Erst- und Zweitstimmen auf die einzelnen Kandidat/innen entfallen, wodurch sich (wie schon erwähnt) die Reihenfolge auf den Parteilisten noch erheblich ändern kann. Je nachdem, wie viele Sitze den einzelnen Parteien zustehen, werden sie auf die Kandidat/innen in der Folge der nun ermittelten Listenplätze verteilt.



Ulrike Gote, Diplom-Geobotanikerin und Mutter von drei Kindern, ist seit 1998 Mitglied des bayerischen Landtags. Sie lebt in Bayreuth.

nen nicht als gleichberechtigte BürgerInnen an und behindern die Eintragung der Lebenspartnerschaften von Schwulen und Lesben.

#### ♀ Volksvermögen verschleudert

Die wirtschaftspolitische Bilanz basiert auf Privatisierung: Der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und staatlichen Betrieben erbrachte 4,9 Mrd. €. Dieses Volksvermögen wurde seit 1994 in zahlreiche wohlklingende Offensiven gesteckt. Die CSU lebt so von der Vergangenheit auf Kosten der Zukunft. Diese Politik ist von Mitnahmeeffekten, Ineffizienz und hohen Vermögensverlusten geprägt. Man braucht nur an die Online-Aktivitäten der Staatsregierung, an die Wohnungsgesellschaft LWS, an den Deutschen Orden oder an die Bayerische Landesbank und die Kirch-Gruppe zu denken.

#### Noch gibt es viel zu tun...

Auch in den nächsten Jahren wird es für uns Grüne in der bayerischen Landespolitik große Herausforderungen geben. Die Fichtelgebirgs-

autobahn ist noch nicht endgültig vom Tisch. Die Förderzusage der Staatsregierung für den Flughafenausbau Hof steht nach wie vor: Doch wir haben gute Chancen auch hier zu einem Erfolg zu kommen. Mein Antrag für einen oberfränkischen Verkehrsverbund wurde zwar abgelehnt, dennoch bleibt die Initiative in der Diskussion: Immer mehr Stadt- und Gemeinderäte schließen sich unserer Forderung an. Es wird weiter darum gehen die Bildungspolitik maßgeblich mitzugestalten und wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sich gerade Oberfranken in Bayern zu einer starken Region in einem zusammenwachsenden Europa entwickeln kann.

# Ein Schritt in die falsche Richtung?

Ist das „Reform-Paket Agenda 2010“ der rot-grünen Bundesregierung der dringend notwendige Befreiungsschlag?

Reformen sind notwendig in Deutschland. Daran zweifelt niemand. Kündigungsschutz, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld: alles muss auf den Prüfstand. Das Ziel: niedrigere Lohnnebenkosten, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze. Das Instrumentarium: Kürzungen, Streichungen, Privatisierung („mehr Eigenverantwortung“!), Deregulierung. So sollen die allenthalben auftretenden Defizite verringert, die Unternehmen zu neuen Investitionen ermuntert werden. Kann das klappen? Und: Ist das sozial gerecht?

Rund zwanzig Jahre dauernde „Feldversuche“ mit diesem Rezept (manche sagen „neoliberale Wirtschaftspolitik“ dazu) in vielen Ländern haben gezeigt: „Geklappt“ im Sinne von mehr Wohlstand für alle, im Sinne

von humanen Arbeitsplätzen für alle, die arbeiten wollen, hat es nirgendwo. „Geklappt“ im Sinne von höheren Unternehmensgewinnen, im Sinne von mehr Reichtum für immer weniger Menschen hat es dagegen

Dabei gäbe es – auch im Staate Deutschland – genügend Geld für Investitionen. Trotz Börsenkrise und Konjunkturflaute ist die Zahl der Dollar-Millionäre in Deutschland weiter (auf 755.000 Privatpersonen!) gestiegen. Allein das Vermögen eines einzigen der ALDI-Brüder ist so groß wie das Investitionsprogramm, das die Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 den Kommunen versprochen hat. Die „öffentliche Armut“ steht also einem wachsenden „privaten Reichtum“ gegenüber.

Dennoch gibt es in der Agen-

per Beschluss als konkrete Politikziele formuliert.

Den öffentlichen Kassen sehr gut tun würde auch ein Subventionsabbau gerade in ökologisch problematischen Sektoren (Steinkohlebergbau, Landwirtschaft, Entfernungspauschale u.a.). Insofern ist es erfreulich, wenn etliche grüne Bundestagsabgeordnete (darunter auch die Bamberger MdB Ursula Sowa) eine stärkere ökologische Ausrichtung der Agenda 2010 angemahnt haben. Zudem müssten endlich „ur-grüne Politikkonzepte“ zur Reform des Sozialstaats (Stichwort: Bürgerversicherung, zu der alle Einkommensarten herangezogen werden) umgesetzt werden.

Wenn all dies gelingt – aber nur dann – kann von echten „Struktur“-Reformen geredet werden. Vorerst droht die Agenda 2010 in der Schröder'schen Fassung aber ein Schritt in die falsche Richtung zu werden.

Daran wird auch eine vorgezogene, vornehmlich auf Pump finanzierte Steuerreform nichts ändern.

## „Grüne mit 90% für Agenda 2010“ – So war es, aber es war auch anders!

Die Grünen wirkten bei ihrem Sonderparteitag im Juni in Cottbus treuer zum Kanzler und seinen Vorstellungen als die SPD. Die innerparteiliche Debatte lief gesitteter und früher ab. Und die Agenda 2010 erhielt überwältigend 90% der Stimmen der Delegierten, so war in den Medien zu lesen.

Ganz so simpel war es aber nicht.

Die Diskussionen im Vorfeld und auf dem Parteitag zeigten, dass das kritische Potential bei den Grünen immer noch eine starke und wichtige Rolle spielt. Von der GAL Bamberg unterstützt wurde der Gegenantrag zu dem vom Bundesvorstand vorgelegten Leittrag. Darin wurde mehr soziale Gerechtigkeit bei den Kürzungen gefordert und ökologische Aspekte mehr berücksichtigt (z.B. mehr Förderung von erneuerbaren Energien

statt Subventionen für ökologisch problematische fossile Energien). Diese Gegenposition unterlag, erhielt aber immerhin 40% der Stimmen.

Und noch eines geht bei der 90%-Meldung leicht unter: Bei der weiteren Behandlung des Leittrags auf dem Parteitag wurden entscheidende Kritikpunkte übernommen: als wichtigste die Einführung einer Vermögenssteuer und die Entlastung der Sozialkassen vom Aufbau Ost. Der so veränderte Schlussantrag war also ein Kompromiss, der beide Seiten berücksichtigt, und bekam deshalb konsequenterweise die hohe Zustimmung von 90% der Delegierten. In dieser Form kann die Agenda 2010 als Grundlage für einen modernen Umbau Deutschlands dienen. In dieser Form wird sie auch Basis für die weiteren Entscheidungen der Bundestagsfraktion sein.



Ohne Konsum kein Aufschwung. Die Konjunktur wird angekurbelt, wenn die Kaufkraft in der gesamten Bevölkerung steigt. Foto: Erich Weiß

**Kurt Meier Umzüge**  
Gabelsberger Str. 2 • 96050 Bamberg  
Tel. 09 51 / 20 22 76  
Nah- & Fernumzüge  
Entrümpelungen • Kleintransporte

**KAUFRAUSCH**  
DER BESONDERE SCHMUCK  
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE  
Austraße 27 • 96047 Bamberg  
Tel. 0951/2 38 07

fast überall.

Zudem treffen die Spar-, Kürzungs- und Privatisierungsorgien (CSU-Seehofer!) vornehmlich den Geldbeutel derer, die ohnehin nicht viel Geld haben. Wie aber sollen Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger die Produkte und Dienstleistungen kaufen, die die Unternehmen herstellen? Ohne Konsum kein Aufschwung! Ohne „Massenkaufkraft“ kann es kein Wirtschaftswachstum geben.

da 2010 unverkennbar eine „soziale Schiefelage“ (Grünen-Chef Bütikofer): Die Kleinen werden geschröpft, die Reichen bleiben unangetastet. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Forderung, die Kosten der Deutschen Einheit endlich nicht mehr den Sozialkassen aufzubürden, sondern aus dem Steuersäckel zu finanzieren, sind deshalb allzu notwendig. Die Delegierten beim Bundestag im Juni haben das

**GEORG LUNZ**  
Malermeister & Baubiologe  
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Wir verarbeiten ökologische  
Farben & Putze  
Dämmstoffe  
Wand & Bodenbeläge

Alte Kreisstraße 20  
96123 Litzendorf/Naisa  
Fon: 09505/6173  
Fax: 09505/95 01 33

## Gastkommentar

Bernd Franze

### Missachtetes Recht und missbrauchte Religion

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Immer ist er eine Niederlage der Menschheit. [...] wir sehen keine ethische oder völkerrechtliche Rechtfertigung für ihn.“ Diese scharfen Formulierungen fanden sich in einer gemeinsamen Erklärung u.a. von Kardinal Lehmann und dem EKD-Präsidenten Kock vom 20.3.2003, sie konkretisierten das imposante „Nein zum Krieg“ des Papstes. Zweifelloser wollten diese Stellungnahmen deutlich machen, dass es in der Politik stets auch verbindliche Verhaltensgrundsätze zu respektieren gilt. Ihre Relativierung ist nur um den Preis eines zynischen Pragmatismus zu haben, der auch für die transatlantischen Exportperspektiven der deutschen Autoindustrie stillhält.

Auf den ersten Blick war es daher unverständlich, dass ausgerechnet die Pastorentochter Angela Merkel keine Lächerlichkeit scheute, um den Krieg des US-Präsidenten schönzureden. Von einem theologisch verantwortlichen Glaubensverständnis her erschien es wie indiskutables, ja blasphemisches Sadduzäertum: Einst hatte sich ja diese religiöse Macht- und Geldelite Jerusalems an die imperiale Militärmaschine Roms angebednet.

Bei genauerem Zusehen kommt jedoch ein Moment der Ideologisierung von Religion hinzu, wie man sie bei anderer Gelegenheit Muslimen gerne vorwirft. Der Weltkirchenrat hatte Bush den „Missbrauch religiöser Sprache“ vorgeworfen und eine wachsende Tendenz, „sich auf eine religiöse, ja sogar göttliche Legitimation für seine Absicht zu berufen, den Irak mit Gewalt zu entwaffnen“. Heiner Geißler hatte ihn als „christ-

lichen Ayatollah“ apostrophiert. Die gesamte Führungsriege der Union focht das nicht an: Schäuble, Zdk-Vize Annette Schavan, Glos, Goppel, den Ex-CVJM-Aktivistin Günther Beckstein, Pastor Hinze und natürlich den apokalyptisch orakelnden Friedbert Pflüger.

„Es gibt in der Politik keine objektiven, sondern immer nur definierte, also bearbeitete Bedrohungsanalysen“, schreibt der Politologe Ernst-Otto Czempel. Folglich suggeriert man den christlich-abendländischen Kaninchen, immer nur auf die islamistische Schlange zu starren, die gestern eine afghanische war und morgen eine iranische sein kann. Akademische Fußnoten wie der säkulare Charakter von Saddams arabischem Nationalismus waren kein Problem mehr, sobald man einen Außenminister gefunden hatte, der vor dem Sicherheitsrat ein paar schreckliche Massenvernichtungswaffen und Al-Kaida-Verbindungen zusammenlog. So ließ man sich in diesen fundamentalistischen Wahrnehmungstunnel schicken. Ein besonders drastischer Fall war die Aufschrift „The almighty“, immerhin einer der 99 schönen Namen Allahs, auf einer amerikanischen Panzerkanone. Wer in solch Orwell'scher Okkupation von Sprache der Abfeuerung des todbringenden Geschützes auf irakische Muslime höhere Weihen verleiht, kann als Hoherpriester der Gewalt mindestens christlich-soziale Freundschaft und Treue erwarten, vielleicht sogar ein paar religiöse Gefühlsschauer.

Bernd Franze,  
Germanist  
und Theologe,  
arbeitet als  
Studienrat  
an einem  
Bamberger  
Gymnasium  
und engagiert  
sich bei den  
„Bamberger  
Bürgern für den  
Frieden“



# In der Klemme zwischen alten Aversionen und guten Argumenten

Hü oder Hott? Bayern hat in Sachen Ganztagschule kein Konzept und zeigt sich orientierungslos



Die Luitpoldschule bietet die bislang einzige Ganztagsklasse in der Schulstadt Bamberg – und sogar das steht bayernweit noch an der Spitze des Fortschritts.  
Foto: Erich Weiß

Der Bund ist hoch verschuldet, alle Ausgaben müssen gut abgewogen werden, und die Politik muss Prioritäten setzen. Mit der Auflage des Investitionsprogramms „Bildung und Betreuung“ hat die rot-grüne Bundesregierung eine solche Priorität gesetzt: 10.000 Ganztagschulen sollen in den Jahren 2003 bis 2007 mit Hilfe von Bundesmitteln eingerichtet werden. Aber das konservative Bayern, das in Sachen Ganztagschule ohnehin Schlusslicht in Deutschland ist, sträubt sich.

Mit dem Investitionsprogramm will Rot-Grün das Land kinder- und familienfreundlicher machen, Müttern und Vätern bessere Berufschancen ermöglichen und neue Lernformen fördern. Damit zieht die Bundesregierung auch Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden der Bundesrepublik bei PISA, dem Internationalen Leistungsvergleich von Schülerinnen. Die meisten der besonders erfolgreichen Länder, z.B. Finnland, Australien und Japan, haben bereits Ganztagschulsysteme – offenbar mit Erfolg. PISA deutet auch darauf hin, dass die Leistung in der Schule bei uns stark von der sozialen Herkunft abhängt. Ganztagschulen können solche sozialen Barrieren abbauen, nicht nur zwischen Reich und Arm, auch zwischen deutschen und ausländischen Kindern. „Kindern aus bildungsfernen Familien mehr Zeit im anregungsreichen Kontext einer Ganztagschule zu bieten“, lautet der etwas bürokratisch formulierte blöbliche Grundsatz.

Fördern will der Bund ebenso offene Angebote (Teilnahme freiwillig, pädagogisches Angebot, aber kein Pflichtunterricht) wie gebundene Angebote (Teilnahme verpflichtend, Regelunterricht am Nachmittag).

Dass der Bedarf für mehr

Schule am Nachmittag da ist, zeigt auch eine Umfrage von infratest dimap im März 2001. Demzufolge wünschen sich ca. 86% der Eltern in Bayern, dass an den Schulen mehr Betreuungsangebote bereit gestellt werden.

## 4 Mrd Euro in vier Jahren

Ein Engagement des Bundes in Sachen Schulpolitik ist äußerst ungewöhnlich – denn zuständig sind eigentlich die Bundesländer, die auch entsprechend skeptisch jeden beargwöhnen, der sich in ihre Kompetenzen einmischt.

Mit den Zuschüssen in Höhe von insgesamt 4 Mrd Euro in vier Jahren hofft die Bundesregierung jedoch, deutschlandweit die Ganztagschule anschieben zu können. Fördermittel gibt es für die investiven Kosten, das heißt z.B. dort wo Schulen für einen Ganztagsbetrieb ausgebaut werden (Kücheneinrichtung, Anbau, Ausstattung etc.). Hier übernimmt der Bund 90% der Kosten, den Ländern fallen die restlichen 10% zu. Daneben haben die Länder allerdings noch die zusätzlichen Personalkosten zu tragen.

Der Freistaat Bayern soll rund 600 Mio Euro bekommen. Aber die Begeisterung hierzuland

de hält sich in Grenzen. Angeführt von zwei bayerischen Abgeordneten startete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gleich im Mai 2003 eine „kleine Anfrage“ an die Bundesregierung. Darin hieß es u.a.: „Auf welche Kompetenznorm des Grundgesetzes stützt Bundeskanzler Gerhard Schröder die Ankündigung, bis 2007 u.a. 10.000 Ganztageschulen zu finanzieren?“ Will heißen, man verwahrt sich gegen jegliche Einmischung in Länderangelegenheiten, auch wenn's ein gutes Geldangebot ist.

Bayern machte auch gleich klar, dass das Land den 10%-Anteil des Investitionsprogramms nicht übernehmen wird, sondern die finanzgebundenen Kommunen oder privaten Schulträger dafür aufkommen müssen. Und was die Kosten für zusätzliches Personal am Nachmittag angeht, hat die bayerische Staatsregierung bisher auch nicht eben mit dem Füllhorn geschwenkt.

Ganz anders zum Beispiel Hessen. Nach Auskünften des deutschen Ganztagschulverbands wurden dort bis Mitte Juni im Rahmen des Bundesprogramms bereits 65 Anträge auf neue Ganztagschulen bzw. den Ausbau bestehender Schulen gestellt und genehmigt.

## Bayern ist Schlusslicht

Was Ganztagschulen angeht, ist Bayern ohnehin Schlusslicht. Laut Aufstellung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder hat Bayern, gemessen an der Bevölkerungszahl, die schlechteste Bilanz aller Bundesländer: nur 23 Ganztagschulen gibt es hier im lau-

fenden Schuljahr. Davon übrigens eine in Bamberg: an der Luitpoldschule wurde 2002/2003 erstmals eine fünfte Klasse in Ganztagsversion eingerichtet. Demgegenüber hält Nordrhein-Westfalen 635 Ganztagschulen vor, Baden-Württemberg 390, und sogar der Stadtstaat Hamburg übertrifft mit 49 noch das bayerische Angebot.

## Schulministerin von Realität weit entfernt

Umso verblüffter ist man, wenn man sich auf den Internetseiten der bayerischen Schulministerin Monika Hohlmeier über Ganztagschulen informiert. Was dort als offizieller Standpunkt des Ministeriums zu lesen ist, liegt meilenweit entfernt von der bayerischen Realität: „Die Ganztagschule ist bildungspolitisch begründet. Sie soll besondere Bildungsangebote unterbreiten. Die zusätzlichen unterrichtlichen Angebote und Fördermaßnahmen beinhalten z. B. mehr Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathematik, Hausaufgabenhilfen, mehr Zeit für interkulturelles Lernen, spezielles Sozial- und Kommunikationstraining sowie mehr Lernzeit für Schülerinnen und Schüler mit hohen Lerndefiziten. Ganztagschulen können jedoch auch eingerichtet werden, um z. B. besonders begabte Schülerinnen und Schüler, talentierte Sportler etc. speziell zu fördern.“

Eigentlich müsste Frau Hohlmeier doch vom rot-grünen Investitionsprogramm hellauf begeistert sein, oder? Na, also! Dann mal zu!

# Verhungernde Mittagsbetreuung

Das Hohlmeier-Projekt „Verlässliche Halbtagschule“ leidet an Unsicherheiten, zu wenig Geld und mangelnder Unterstützung durch die bayerische Regierung

Was die bayerische Schulministerin Monika Hohlmeier ganztagschulpolitisch bisher auf die Beine gestellt hat, ist alles andere als üppig: Im Schuljahr 1999/2000 führte sie mit großem Tamtam die sogenannte „verlässliche Halbtagschule“ in Grundschulen ein, die eine Betreuung der Kinder bis mindestens 13 Uhr garantieren sollte. Für jede Gruppe ab 12 Kindern stellte sie 3.300 Euro pro Schuljahr zur Verfügung – das war's dann. Organisieren, Personal einstellen, Mittagessen vorhalten, Raum suchen – all das durften die Eltern/Täger selbst erledigen.

In Bamberg kamen tatsächlich 5 Mittagsbetreuungsgruppen zustande, die je nach Schule von der AWO (Rupprechtsschule mit 16 Kindern und Gangolfsschule mit 12 Kindern), einer kirchlichen Stiftung (Domschule mit 13 Kindern), dem Stadtjugendring (Gaustadter Schule mit 12 Kindern) und einem extra gegründeten Elternverein (Hainschule mit 26 Kindern) getragen werden. Zufrieden zeigt sich niemand mit der Situation. Der Zuschuss ist viel zu gering, um für die Ausstattung eines Raums und gute Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen, dazu noch zwei bis drei Erzieherinnen angemessen zu bezahlen.

Finanziert werden die anfallenden Kosten hauptsächlich

durch die Beiträge der Eltern. In der Hainschule beispielsweise haben die Eltern je nach Betreuungszeiten zwischen 11 und 15 Uhr durchschnittlich 50 Euro pro Monat zu berappen. Über diese Elternbeiträge muss der Verein damit fast noch einmal das Fünffache des staatlichen Zuschussbetrags aufbringen, um eine Halbtagskraft und zwei geringfügig Beschäftigte entlohnen zu können. Den Raum hat die Schule immerhin kostenfrei zur Verfügung gestellt, aber sollte es in den nächsten Jahren eine Klasse mehr geben, die den Raum als Klassenzimmer braucht, kommt der Verein in die Bredouille.

Besonders wird die unsichere Situation bei diesem System der Mittagsbetreuung beklagt. Die Erzieherinnen können zu meist nur mit geringfügigen und befristeten Arbeitsverträgen angestellt werden, weil keiner abzuschätzen vermag, wie es im nächsten Jahr weiter geht. Das Raumproblem stellt sich jedes Jahr neu. Auch der Bedarf kann sich natürlich jedes Jahr ändern, so dass man unter die Zuschussgrenze fallen kann und dann noch mehr finanziellen Eigenanteil leisten muss. Deshalb gehen die Forderungen dahin, das Angebot in den normalen Schulbetrieb zu übernehmen, Personal, Raum und Essensangebot fest zuzusichern.

## Streifenpullis und Kugellampen

„Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ – Kennen Sie ihn noch, diesen Werbeslogan für Zigaretten? Längst aus dem öffentlichen Stadtbild verschwunden. Nicht aber aus den Schulbüchern, die aktuell an Bamberger Schulen als Lehrmaterial zur Verfügung gestellt werden. Auf unseren Wettbewerb „Wer bringt uns das älteste Schulbuch Bambergs?“ in der gaz Nr. 60 bekamen wir als Siegerexemplar ein Lehrbuch „Wirtschafts- und Rechtslehre“ aus dem Jahr 1979, verwendet in einer 8. Klasse am Dientzenhofer-Gymnasium.

Flottes Lehrmaterial ist da geboten: Der Taschengeldbedarf eines Schülers beträgt 10 DM, wobei seine wöchentlichen Ausgaben für Schreibwaren 50 Pfennige nicht überschreiten und er ein Pausengetränk für 60 Pfennige erwerben kann. Eine Packung Zigaretten kostet in diesen Unterrichtsstunden noch 3 DM und die Industrie ist in der von jeglichen Wiedervereinigungstendenzen weit entfernten Bundesrepublik Deutschland noch immer der wichtigste Produktionsbereich mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 56%.

Man findet in dem Buch, das bereits im 17. Einsatz(schul)jahr ist, nostalgisch anmutende Aufstellungen mit Währungen, die längst der Vergangenheit angehören, uralte Scheckvordrucke und Überweisungsformulare sowie Adressenlisten von Verbraucherberatungsstellen (noch alte Postleitzahlen), die jeden Postzusteller zur Verzweiflung brächten. Nett auch die bildhafte Präsentation der Gebrauchsgüter: Knallfarbige Streifenpullis, karierte bezogene Stühle, dunkelbraun-klobiges Kaffeegeschirr und quietsch-orange Kugellampen.

GAL-Tipp an die Schule: Noch ein paar Jahrzehnte warten und dann als Quelle im Geschichtsunterricht verwenden. GAL-Tipp an den für die Schulausstattung verantwortlichen Stadtrat: Über das Lehrmaterial-Angebot sollte man sich vielleicht mal Gedanken machen ...

# Bio bringt Bayerns Bauern Bares

Die von Renate Künast eingeleitete Agrarwende eröffnet gerade Bayerns Landwirtschaft große Chancen

„Mehr Klasse statt Masse“: Unter diesem Motto steht die Landwirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung seit dem Amtsantritt von Renate Künast im Januar 2001. Unter dem Eindruck der BSE- und MKS-Skandale war die Zeit für eine Agrarwende reif. Langjährige Forderungen der Umweltverbände und der Grünen nach einer Neuausrichtung der Landwirtschaft – naturverträglich, verbraucherfreundlich und tiergerecht – fanden endlich Gehör.

Die neue Landwirtschaftspolitik bedeutet insbesondere für Bayern eine große Chance. Anders als in Nord- und v.a. in Ostdeutschland dominieren im Freistaat die gewachsenen Familienbetriebe. Und auch beim ökologischen Landbau ist Bayern vorn: Etwa 117.000 der bundesweit 700.000 Hektar ökologisch bewirtschafteter Fläche befinden sich in Bayern. Ende des ersten Quartals 2003 waren in Bayern 5.295 Öko-Betriebe registriert – ungefähr ein Drittel aller Öko-Bauernhöfe in Deutschland. Und auch in der Zuwachsrate an Biobauernhöfen liegt der Freistaat noch über der guten gesamtdeutschen Steigerungsrate.

## Chance für Bayern

Mit zu dem Öko-Boom beigetragen hat sicherlich das von Renate Künast eingeführte Bio-Qualitätssiegel. Seit dem letzten



Jahr können Erzeuger, Händler und Verarbeiter all jene Lebensmittel kennzeichnen, die nach der EU-Bioverordnung produziert worden sind und damit klare Anforderungen an Pflanzenanbau und artgerechte Tierhaltung erfüllen. Daneben gibt es noch die ökologischen Anbauverbände (u.a. Bioland, Demeter und Naturland), die zumeist noch strengere Richtlinien kennen und daher weiterhin ihre eigenen Prüfzeichen vergeben.

Durchgesetzt hat Renate Künast, dass auch die Produzenten in den zehn Ländern, die 2004 der EU beitreten, die Vorgaben der EU-Bio-Verordnung einzuhalten haben. Nachvollziehbar bleibt dennoch die Forderung etwa des BUND, auf dem Bio-gütesiegel auch die Herkunftsregion anzugeben. Denn knapp 40 % der in Deutschland gehandelten Bioprodukte werden importiert.

## Bio-Boom im Supermarkt

Seit dem BSE-Skandal ist Bio-Ware dauerhaft auch in den Supermärkten etabliert. Wie Bamberg zeigt, muss das aber nicht zu Lasten der klassischen Naturkostanbieter gehen. Die Domstadt hat mittlerweile sogar einen Bio-Supermarkt, zwei klassische Naturkostläden und den samstäglichen Bauernmarkt. Insbesondere der Bauernmarkt kann dabei als Vorreiter der neuen Landwirtschaft angesehen



Glücklicher Hahn mit Gattin – wenn Bio boomt, vielleicht bald keine Seltenheit mehr.

Foto: Erich Weiß

werden, denn hier werden regionale Herkunft, bäuerliche Landwirtschaft und (bei einem Teil der Anbieter) die ökologische Erzeugung und Verarbeitung der Produkte ideal zusammengeführt. Die GAL-Stadtratsfraktion hat dieses Engagement gewürdigt und dem Bauernmarkt daher dieses Jahr den Agenda-Preis verliehen.

## Durchbruch in der EU

Dass die Agrarwende trotzdem kein Selbstläufer ist, sondern noch viele Impulse benötigt, zeigt der Bio-Lebensmittelmarkt aber auch. Trotz zehnprozentiger Steigerungsraten auch im letzten Jahr handelt es sich bei Bioprodukten nach wie vor um einen Nischen-Markt.

Wichtig war daher die vor

wenigen Wochen beschlossene Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Im Verein mit dem zuständigen österreichischen EU-Kommissar Fischler erreichte Renate Künast erstmals eine Entkopplung der Prämienzahlung. Bisher wurden Beihilfen als eine Art Mengenprämie gezahlt, was im Ergebnis zu den Milchseen und Fleischbergen führte. Nun erhalten die Betriebe eine Prämie weitgehend unabhängig von der Mengenproduktion.

Sepp Daxenberger, bayerischer Landesvorsitzender der Grünen und selbst Ökobauer, würdigte das Ergebnis als Durchbruch der neuen Landwirtschaftspolitik auch auf europäischer Ebene. Was natürlich auch bedeutet: eine weitere gute Chance für Bayerns Landwirtschaft.

## Treffen Sie ins Schwarze!

### Wählen Sie grün ... ... und informieren Sie sich.

Ich möchte Informationen zur Wahl. Bitte schicken Sie mir Info-Material per Post zu.

Ich möchte regelmäßig den monatlichen kostenlosen GAL-Rundbrief (mit Einladungen zu GAL-Veranstaltungen, dem GAL-Terminkalender, internen Berichten und Stellungnahmen) erhalten.

Ich möchte die Bamberger Grün-Alternative Liste GAL mit ..... Euro finanziell unterstützen und erbitte eine Spendenquittung.

Name .....  
Adresse .....  
e-mail .....

Nachricht an GAL Kreisverband Bamberg-Stadt, Austr. 14, 96047 Bamberg, Tel./Fax 0951/22280, kreisverband@gal.bamberg.de, Konto 578 012 304, Sparkasse Bamberg 770 500 00.

## >>>> DURCHBLICK NACH BERLIN >>>>

### Grüne Weichen für den Verkehr

Im Juli wurde der neue Bundesverkehrswegeplan vom Bundeskabinett beschlossen: Ein Grund zur Freude für alle, die sich mehr grüne Akzente in der Verkehrspolitik gewünscht hatten, denn gerade in Bayern hat die Planung einen grünen Anstrich wie nie zuvor, auch wenn die Maximalziele grüner Verkehrspolitik nicht erreicht worden sind. Für die Jahre 2001 bis 2015 wird die Verteilung eines Gesamtvolumens von 150 Mrd. € auf die drei Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße festgelegt.

Bereits die drei Grundlinien des Plans entsprechen grünen Anliegen: Die Investitionen fließen überwiegend in den Ausbau bestehender In-

frastruktur, die Planung richtet sich streng nach den Maßstäben Bezahlbarkeit und ökologische Verträglichkeit, und in der Summe aller Investitionsmittel werden Schiene und Straße gleich behandelt, wie im Koalitionsvertrag verabredet.

Der Straßenbauwut der bayerischen Landesregierung konnte deshalb ein Riegel vorgeschoben werden: Von den insgesamt 14,1 Mrd. €, die von der bayerischen Staatsregierung als „Vordringlicher Bedarf“ nach Berlin gemeldet worden waren, wurden zum Glück nur 5,3 Mrd. € bewilligt. Jedoch profitiert der Freistaat wie kein anderes Bundesland von den geplanten Mitteln für das Schienennetz:

10 Mrd. € sichern Bayern im Ländervergleich den Spitzenplatz. Mit diesem Beitrag stellt der Bund genügend Kapazitäten auf der Schiene bereit, um die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene mit Blick auf die EU-Osterweiterung vorantreiben zu können.

Natürlich gibt es im Detail auch Wermutstropfen: Für Bamberg und Umgebung müssen wir darauf achten, dass die bayerische Staatsregierung die geplante Inbetriebnahme der S-Bahn-Strecke zwischen Nürnberg und Forchheim bis 2010 nicht torpediert. Der Freistaat finanziert die S-Bahn-Strecke zu 40 Prozent mit (veranschlagte Gesamtkosten: 164 Mio €) und könnte daher die Blockade der S-Bahn als Druckmittel benutzen, um eine schnellere Fertigstellung der ICE-Strecke zwi-

schen Nürnberg und Erfurt über Ebensfeld zu erreichen, die im Bundesverkehrswegeplan erst für das Jahr 2015 angesetzt ist. Wir müssen also weiter darauf drängen, dass schneller nicht immer vernünftiger ist!



Ursula Sowa (MdB)

**HOFCAFÉ**  
morgens  
mittags -abends

frühstücken - mittagessen  
kaffeetrinken - relaxen  
freunde treffen - bummeln  
essen gehen - feiern  
wein - cocktailschlürfen

**Gutscheine vom Hofcafé**

Mo-Fr 8-1 Uhr  
Sa 9-2 Uhr  
So 9-1 Uhr

Austraße 14 · 96047 Bamberg  
Telefon (0951) 2 54 47

# Wegweiser durch Zahlenkolonnen

Die GAL will mehr Transparenz und Mitbestimmung für BürgerInnen bei Haushaltsentscheidungen – Andernorts sind „Bürgerhaushalte“ erfolgreich

Wissen Sie, wie der städtische Haushaltsplan aussieht, geschweige denn, was darin zu finden ist? Nein? Dann gehören Sie zu der Mehrheit der Bamberger Bevölkerung, die sich kaum Gedanken darüber macht, woher die städtischen Einnahmen kommen und wohin das ganze Geld fließt. Kein Wunder. Mit einem Zahlenwerk von 800 Seiten und 2,5 kg Gewicht, gefüllt mit einer Aneinanderreihung von Fachbegriffen, wird es einem „Normalsterblichen“ auch nicht leicht gemacht, da durchzublicken. Dabei legt der städtische Haushalt den Rahmen für die Kommunalpolitik auf mindestens ein Jahr fest.

Ob die „Undurchschaubarkeit“ des Haushaltsplans nun Absicht ist, oder nicht, man muss wissen: Es geht auch anders. Mehr und mehr Städte erstellen den Haushalt unter Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger: Beteiligungs- oder Bürgerhaushalt heißen die Stichworte.

Natürlich funktioniert das

nicht von heute auf morgen. Ein derartiges neues Vorgehen muss „geübt“ werden. Und die Übung beginnt am besten mit einer bürgerfreundlichen, allgemein verständlichen Aufbereitung der Haushaltsdaten. Es schließt sich

eine attraktive und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern an. Das kann auf verschiedene Art und Weise erfolgen (z.B. Bürgerversammlungen, Befragungen, Internet...). Wich-

tig ist, dass das Feedback der Bevölkerung auch ernst genommen wird. Die letzte Stufe der Übungsphase ist die Veröffentlichung des „Rechenschaftsberichts“. In diesem sollten ebenfalls in überschaubarer und ver-

ständlicher Form die Ergebnisse des Bürgerdialogs veröffentlicht werden, und natürlich, wie der Stadtrat mit Beschlüssen darauf eingegangen ist.

Wo gibt's denn so was? Die längsten Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt hat die brasilianische Stadt Porto Alegre. In Deutschland befassen sich Städte wie Neustadt a.d. Weinstraße, Rheinstetten, Hamm u. v. a. mit dem Thema, und einige haben die oben geschilderten Beteiligungsstufen bereits erfolgreich erprobt. Unterstützung erhalten die Städte von der Bertelsmann-Stiftung und von der kommunalen Gemeinschaftsstelle, bei denen kompetente Fachleute zum Thema angesiedelt sind.

Und Bamberg? Bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2002 wurde die GAL für diese Idee noch belächelt. Das mag daran liegen, dass diese Methodik noch relativ neu ist und der Kenntnisstand darüber noch nicht ausgereift. Die GAL-Frak-

tion hat deshalb als ersten Schritt eine äußerst informative Broschüre zum Thema Bürgerhaushalt von der Bertelsmann-Stiftung an alle Stadträtinnen und Stadträte verteilt, mit der Bitte doch das Thema in den nächsten Wochen ernsthaft zu diskutieren.

Natürlich bringt ein Beteiligungshaushalt nicht mehr Geld in die städtischen Kassen. Aber gerade weil immer weniger Geld für öffentliche Aufgaben zur Verfügung steht, ist es wichtig Prioritäten zu setzen. Dies aber sollte u.E. in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen, schließlich ist es zum großen Teil auch deren Geld, was da ausgegeben werden soll. Das macht Politik transparent, bindet die Bürgerinnen und Bürger ein und nimmt sie mit in Verantwortung. Ob das alle im Stadtrat haben wollen, wissen wir nicht, aber wir probieren es.

Weitere Informationen unter [www.buergerhaushalt.de](http://www.buergerhaushalt.de)



## Lichtblicke Agenda-Projekte in Bamberg

### Da interessiert uns doch die Bohne

Neu: Bamberg-Kaffee – in Honduras gewachsen, in Bamberg geröstet

So lässt man sich Globalisierung gefallen: Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Frankenland und Lateinamerika, von der alle was haben und bei der keiner zu kurz kommt. Der neue Bamberg-Kaffee macht's möglich – seit diesem Jahr ist er im Handel erhältlich.

Angebaut wurde der Bamberg-Kaffee in Honduras von Bauern, die mit der bekannten Organisation „TransFair“ unter Vertrag stehen. Prinzip von TransFair ist, den Kaffeebauern feste, über Jahre gültige Lieferbeziehungen und faire Einkaufspreise zu garantieren. Die Preise sind festgelegt, also nicht je nach Marktlage schwankend, und liegen außerdem über dem Weltmarktniveau.

Dadurch werden selbständige Kleinproduzenten und ihre Kooperativen unterstützt, die mit zusätzlichen Mitteln von TransFair auch infrastrukturelle Einrichtungen finanzieren können, z.B. gemeinsame Lagerhallen und Fahrzeuge, aber auch Schulen, Toiletten- oder Trinkwasseranlagen. TransFair unterstützt außerdem Fortbildungsmaßnahmen, um den Anbau zu verbessern (z.B. Herstellung eigener Biodüngung) oder um die kleinbäuerlichen Betriebe effizienter zu machen (z.B. Buchhaltung, Kostenkalkulation).

Von Honduras kommen die Kaffeebohnen nach Bamberg,

bzw. Breitengüßbach, und werden hier von der Firma Minges geröstet und weiterverarbeitet.

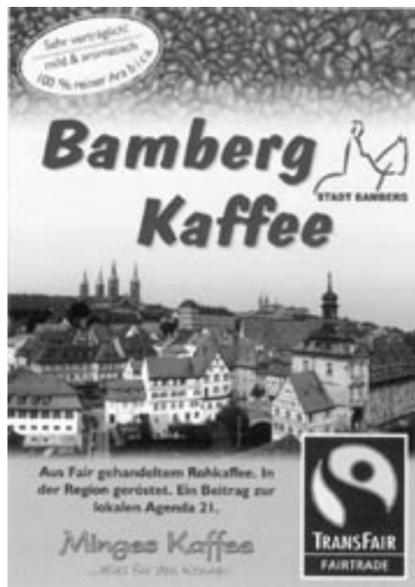
Der Bamberg-Kaffee ist das schmackhafte Ergebnis des Umwelt-Forums der Lokalen Agenda 21. Das Umweltamt und der Dritte-Welt-Laden waren ebenso am Zustandekommen des Projekts beteiligt wie „terre des hommes“, der Bund Naturschutz und GAL-Stadträtin Dr. Cornelia Waldmann-Selsam. Nicht zuletzt natürlich auch die Kaffeerösterei Minges, die damit in eine echte lokale Marktnische gestoßen ist.

Die Stadt Bamberg unterstützt den Bamberg-Kaffee von oberster Stelle, nämlich mit Oberbürgermeister Herbert Laurer als Schirmherr, nach dessen Worten bei allen offiziellen Anlässen der Stadt nur noch TransFair-Bamberg-Kaffee ausgeschrieben wird.

Interessant ist der Bamberg-Kaffee nicht nur für die alltägliche Kaffeetasse, sondern mit seinem ansprechenden Outfit auch für Touristen oder als Besuchs-Mitbringsel.

Agendabewusste Bürogemeinschaften oder Betriebe bekommen außerdem ab 60 Packungen einen Rabatt auf den Normalpreis von 2,99 Euro pro 250g. Und die Firma Minges liefert ins Haus.

Verkauft wird der Bamberg-Kaffee außer bei Minges am Maxplatz noch bei Gacks Frischeladen (Siechenstr. 10), Pamina (Austr. 14), bei den Bäckereien Fuchs, Seel, Postler, bei Karstadt u.a. Mehr siehe unter [www.bamberg.de/umwelt](http://www.bamberg.de/umwelt)



Das Verpackungsetikett des neuen Bamberg-Kaffee: Dom und Rathaus als Symbol für fairen Handel.

## GALiges Frankenlied, Gästebuch und Kellerbrotzeit

Es ist einfach nervig – ständig diese Politik. Wie gut, dass unsere Lokalzeitung da immer wieder für „Inselchen der Menschlichkeit“ sorgt, für Stories mit Herz, die Leser und Leserin wirklich interessieren und einen echten, will heißen aus dem Leben gegriffenen Erkenntnisgewinn garantieren.

Im Juni weilte Erwin Huber in Bamberg (der von der CSU, Staatsminister und Bayer). Der FT berichtete, fünf Spalten mit Foto – und schon in der Überschrift war zu lesen, worüber: „Erwin Huber zu Brotzeit auf Buttenheimer Bierkeller eingeladen – Keine Politik“. Vielversprechend also! Endlich mal das Wesentliche, im Heimatblatt FT chronologisch auf den Punkt gebracht:

Es sei ein „gemütlicher Aufenthalt im Kreis von Partei- und anderen Freunden gewesen“, „ganz ohne politische Pflichten“. Der Herr Huber sei begrüßt worden. Dann habe er einen Blick vom Keller aus ins Umland getan. Weshalb es ihm danach nicht schwer gefallen sei, sich fürs Bleiben zu entscheiden. Das Frankenlied habe man ihm gesungen und überhaupt für eine „musikalische Umrahmung“ gesorgt, die Kellergäste hätten sich sehr darüber gefreut und überdies dem prominenten Gast applaudiert. Bürgermeister, MdL und diverse andere Parteifreunde (inkl. denen vom FT) hätten den Herrn Huber begrüßt (noch-

mal – doppelt hält vielleicht besser). Das Buttenheimer Gästebuch sei Gottseidank griffbereit gewesen, um die Eintragung des Herrn Huber huldvoll in sich aufzunehmen. Und Geschenke bekam der Herr Huber: ein Buch, einen Bären (vermutlich Plüsch) und eine Video-Kassette. Auch habe der Gast selbst ein Geschenk mitgebracht: einen „freistaatlichen Zimteller“. Er habe dann nochmal die „fränkische Lebensqualität“ und die gute Stimmung gelobt, und selbstverständlich den lokalen MdL (damit dessen Name auch ja nicht zu wenig Erwähnung in der Presse findet). Eine Kellerbrotzeit ließ sich der Herr Huber schließlich schmecken, fand es jedoch bedauerlich, dass er nur eine Biersorte kosten konnte. Aber trotzdem habe man „einen Niederbayern glücklich gemacht“, so jedenfalls die Worte des Herrn Huber – nach dem Biergenuss (genauere Anzahl der Biere allerdings nicht genannt). So gut gefallen habe es dem Herrn Huber, dass er gar nicht mehr weg wollte.

Ist das nicht eine Wohltat? Für den Herrn Huber und seine Freunde, den FT-Reporter vor Ort und für Leser und Leserin. Facts für die Seele, Top-News mit Atmosphäre, politikfreie Wahlkampf-Action.

Die journalistischen Segnungen des FT sind wahrlich unübertroffen.

**MUSSAROK**  
Bamberger Kräutergärtnerei  
Kräuter + mehr aus ökologischem Anbau  
Gewürz- und Teekräuter  
Duff- und Aromapflanzen  
ausgefällene Duftgeranien  
Öko-Gemüse aus der Region  
Verkauf von April bis Oktober  
Mi + Fr: 14.30 - 18.30 Uhr  
NEU: Sa: 9.00 - 14.00 Uhr  
direkt ab Gärtnerei,  
Jeden letzten So. i. Mo. auf d. Bauernmarkt!  
Nürnberger Str. 86, Bamberg, Tel. 22023

**Gut zum Fuß – gut zur Umwelt!**  
**SCHUH-LECHNER**  
Bei uns erhalten Sie   
Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene +  
Think + Ganter + Loint's + Wesenjak +  
Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.  
**BA - JOSEPHSTR. 9** (Nähe Luitpoldstr.)  
Mo – Fr 9.30 – 18.30 h Sa 9.30 – 14 (16) h **Tel 0951/201266**  
**Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof**

# e-on heizt das Klima an

... und straft seine eigene Öko-Werbung Lügen



Mit e-on ist man out. „Korrektur“ einer Werbekampagne, gesehen in Aachen.

Um den Ausstoß klimaschädlicher Gase (z.B. Kohlendioxid) zu minimieren, hat die rot-grüne Bundesregierung neben einer Reihe von erfolgreichen Maßnahmen zur Energiewende (z.B. das Erneuerbare Energiesgesetz) im Jahr 2002 auch das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verabschiedet. Das Gesetz bestimmt, dass KWK-Besitzer, die ihren Strom ins öffentliche Netz einspeisen, zusätzlich zu der normalen Grundvergütung (die frei vom Stromnetzbetreiber festgelegt werden kann) noch eine gesetzlich vorgeschriebene Vergütung erhalten.

Damit soll die umweltfreundliche KWK-Technik gefördert werden, denn bei der Kraft-Wärme-Kopplung wird in Blockheizkraftwerken sowohl Strom

als auch Wärme erzeugt. Eine deutlich bessere Energieausbeute, denn im Gegensatz dazu bleiben bei konventionellen Kraftwerken zwei Drittel der Energie ungenutzt.

Eine gute Sache, die doch von allen unterstützt werden müsste, möchte man meinen. Nicht aber vom Energieriesen e-on, der so aufdringlich Werbung als Öko-Stromanbieter macht. Als Netzbetreiber bestimmt e-on die Grundvergütung, die den Anlagenbetreibern gezahlt wird, selbst. Für gerade mal 1,5 Cent pro erzeugter Kilowattstunde nimmt der Energiemulti den KWK-Besitzern ihren umweltfreundlich erzeugten Strom ab. Hingegen kassiert er beim Tarifkunden für den Weiterverkauf des Stroms mehr als das Siebenfache. So eine Spanne wünsch-

te sich jeder Einzelhändler. Selbst wenn man noch großzügige Netzkosten berücksichtigen würde, macht e-on mit mind. 300 % Aufschlag einen fetten Reibach. Da sind selbst die in Sachen Klimaschutz eher zurückhaltenden Stadtwerke Bamberg noch vorbildlich: Je nach Tarifbereich vergüten sie immerhin dreimal mehr als e-on.

e-on nutzt also den gesetzlichen Freiraum voll aus, um die ökologisch sinnvolle Kraft-Wärme-Kopplung zu torpedieren. Die KWK-Besitzer hingegen haben keine Alternative, sie müssen dort ins Netz einspeisen, wo ihre KWK-Anlage eingerichtet ist. Wenn sie es dann mit e-on zu tun haben, sind massive Finanzverluste vorprogrammiert. Das ist eine Farce angesichts des millionenschweren Werbeaufwands des Multis, der den Kundinnen und Kunden suggerieren soll, wie stark sich die Firma beim Klimaschutz engagiert.

Hoffnung besteht, dass dem ein Ende bereitet wird. Sollte die erhoffte Steigerung der KWK-Produktion zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht erreicht sein, will Umweltminister Trittin nachbessern. Die KWK-Grundvergütung könnte dann auch gesetzlich festgelegt werden, wie B90/Grüne es schon beim Solarstrom durchgesetzt hatten. Dann wäre den Dumping-Preisen von e-on ein Riegel vorgeschoben.

99Z euse  
was Sie im FT nicht lesen können

## „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“

Dieser Spruch ist manchmal ganz praktisch – übrigens auch für den Bamberger Stadtrat.

Ende Juni war für den Kämmerer der Stadt klar, dass die Einnahmen aus Gewerbesteuer 2003 um mehr als 4,5 Mio Euro geringer ausfallen als veranschlagt. Sofort zog Heinz Faust die Notbremse und verhängte zum 2. Juli eine Haushaltssperre. In Form eines „roten Briefes“ wurde sie unverzüglich an alle Referate der Stadtverwaltung mitgeteilt.

Der Stadtrat hingegen bekam die Information offiziell (!) erst bei der Vollsitzung am 23. Juli – und bis dahin war ja noch Zeit. Genug Zeit jedenfalls, um in den Senaten noch schnell einige Ausgaben beschließen.

Zum Beispiel stimmte der Personalsenat der Einstellung eines zusätzlichen Juristen zu, der „unbedingt notwendig sei“. Das E.T.A.-Hoffmann-Theater wollte für kommendes Jahr nochmal 100.000 Euro mehr in seinem Budget haben

– und soll sie bekommen. Und der neue Maxplatz (Gesamtvolumen 800.000 Euro) ist auch noch drin. All dem stimmte die GAL übrigens in dieser Form nicht zu.

Formal alles korrekt gelaufen. Aber man fragt sich schon, welchen Realitätssinn die VoksvortreterInnen im Bamberger Stadtrat beim Umgang mit öffentlichen Geldern haben.

## Alles (für) Müller – oder was?

Vor kurzem interessierte sich der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen für Bamberg, nicht nur wegen Weltkulturerbe und Bamberger Reiter. Auf die Kongressstadt mit gut bestückter Kongresshalle war man in Berlin aufmerksam geworden und überlegte, eine Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) mit etwa 700 TeilnehmerInnen hier abzuhalten.

Aber die Ernüchterung kam bald: Die Anfrage beim Chef der Stadthallen-GmbH Horst Feulner ergab, dass die Planungen der Bundespartei mit dem Terminkalender der Halle nicht unter einen Hut zu bringen sind. Denn wo der grüne Bundesvorstand ein- bis zwei Jahre im Voraus plant, kann der Bamber-

ger Hallen-Geschäftsführer nicht mithalten. Maximal ein Jahr im Voraus kann er Termine für Kongresse zusagen mehr ist nicht drin. Bei den erfahrenen grünen BDK-OrganisatorInnen rief das Kopfschütteln hervor, denn in der Kongress-Szene ist das eine echte Rarität.

Woran's liegt? An den Symphonikern. Die haben grundsätzlich Erstbelegungsrecht für die Halle und blockieren diese für alle Termine, die über ein Jahr hinaus gehen. Wer also jetzt im August für November nächsten Jahres einen Kongress, ein Konzert oder sonst eine Veranstaltung in der Konzerthalle arrangieren möchte, der muss sich noch drei Monate gedulden – erst mit maximal zwölf Monaten Vorlauf ist der

Hallenmanager in der Lage, verbindliche Termine zu vereinbaren.

Und davon weichen die Bamberger Symphoniker unter ihrem neuen Intendanten Müller auch keinen Deut ab. Nicht mal einzelne Wochenenden sind sie bereit, frei zu geben, damit auch längerfristige Angebote an Interessenten gemacht werden könnten.

Wenn sich daran nichts ändert, werden große und bedeutende Veranstaltungen in Bamberg eher selten stattfinden. Und der Stadthallen-GmbH, die von der ohnehin schon finanzgebeutelten Stadt immerhin mit jährlich ca. 1,8 Mio Euro bezuschusst werden muss, gehen dadurch lukrative Einnahmen durch die Lappen.

## Wahlgeauschel vorerst ad acta gelegt

In der letzten Ausgabe der 99Z (Nr. 60) berichteten wir von möglichen Wahlbeeinflussungen durch Stadträte, die in größerem Ausmaß Botengänge für ältere Leute übernehmen, ihnen die Briefwahlunterlagen ins Haus bringen und dann gleich Stimmen für sich einsammeln. Wohlgemerkt: Dies liegt bei Kommunalwahlen in Bayern noch im Bereich des Legalen, ist aus moralischer Sicht aber durchaus zu bemängeln. Die GAL

hatte aufgrund eines konkreten Hinweises versucht, durch Einsichtnahme in die Briefwahlunterlagen herauszubekommen, ob tatsächlich einige StadtratskandidatInnen sich gehäuft Vollmachten zum Einholen von Briefwahlunterlagen (z.B. in Altenheimen) ausstellen lassen. Eine solche Akteneinsicht konnte die GAL allerdings nicht erlangen. Nach Auskunft der Rechtsexpertin bei der grünen Landtagsfraktion hätte die GAL allenfalls

die Möglichkeit, einen konkreten Gesetzesverstoß anzuzeigen, dem staatlicherseits nachgegangen werden müsste. Ein allgemeines und unbestimmtes Nachforschen, ob sich einzelne Namen häufen, sei nicht zulässig. Es sind hierfür also konkrete Fälle mit zuverlässigen Zeugenaussagen nötig – über die verfügen wir derzeit allerdings nicht. Zumindest vorerst wird ein etwaiges Wahlgeauschel in Bamberg also ad acta gelegt.

Mich kann man testen !!!!

Einfach im Radladen anrufen und einen Termin vereinbaren und der Chariot Kinderhänger steht am Wochenende für eine kostenlose Probefahrt bereit!

**radladen** Der Radladen Hein & Rätzel GmbH  
Schrottenberggasse 2 Tel 095157853

## Termine

**Mittwoch, 13. August 2003, 19.30 Uhr:**  
Podiumsdiskussion „Saufen wir bald alle ab?“ (Hochwasser-Problematik), Veranst.: Bund Naturschutz, Cafe Haas (Spiegelsaal), Obere Sandstr. 7

**Montag, 25. August, 17 bis 18.30 Uhr:**  
„Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, am Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

**Donnerstag, 28. August:**  
MdB Christine Scheel (Vorsitzende des Finanzausschusses) in Bamberg

**Montag, 1. September, 17 bis 18.30 Uhr:**  
„Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

**Samstag, 6. September, 18 Uhr:**  
Podiumsdiskussion, u.a. mit Rezzo Schlauch, Veranst.: Wirtschaftsunioren, Dominikanerbau Sandstraße

**Montag, 8. September, 19 Uhr:**  
Podiumsdiskussion mit LandtagskandidatInnen aller Parteien, Veranst.: Bamberger Wohlfahrtsverbände, Saal der Sparkasse, Schönleinsplatz 1

**Montag, 15. September, 17 bis 18.30 Uhr:**  
„Polit-Rondo“ – offenes Bürgergespräch mit MdB Ursula Sowa und Landtagskandidat Wolfgang Grader, Rondo-Kiosk am Schönleinsplatz

**Freitag, 19. September:**  
Bundesumweltminister Jürgen Trittin in Bamberg

## Impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:  
Andreas Becker, Petra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):  
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:  
Peter Gack, Kiki Laaser, Ursula Sowa  
GastautorInnen:  
Mdl Ulrike Gote, Bernd Franze

Fotos:  
Erich Weiß

Gestaltung und Satz:  
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:  
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:  
Bündnis 90/Die Grünen/  
Alternative Liste, Kreisverband  
Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 61 / August/September 2003

www.kopier-und-drucklab.de

**NEU!**  
Computercenter mit  
5 Kunden-PC's  
Kopieren, Scan und  
Druck farbig und s/w  
in jeder Größe!  
Internet surfen!

Postfach 9 96047 Bamberg  
Tel. 0951 961 221 Fax 0951 961 222 0951 961 223 0951 961 224